

# Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Umweltpolitische Sprecherin der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*Berlin aktuell*  
*Die Woche im Bundestag*

19.12.2019

## **Letzte Sitzungswoche 2019**

In der letzten Sitzungswoche des Jahres 2019 lohnt ein kurzer Blick zurück. Die vergangenen zehn Jahre waren gute Jahre für unser Land. Die Union hat sie maßgeblich mitgestaltet. Am Ende dieses Jahrzehnts stellen wir fest: Noch nie zuvor waren mit 45,4 Millionen Menschen in Deutschland in Arbeit als im Jahr 2019. Noch nie haben so viele in sozialversicherungs-pflichtigen Beschäftigungsverhältnissen gearbeitet. Das positive Wirtschaftswachstum seit 2010 hat die Bruttolöhne und die Haushaltseinkommen merklich steigen lassen. Die Renten sind im Westen um 20 Prozent, im Osten sogar um 30 Prozent gestiegen. Das zeigt deutlich: Die beste Rentenpolitik ist gute Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig haben wir die Trendwende geschafft und legen seit 2014 einen ausgeglichenen Haushalt vor.

Die Bundesmittel für Bildung und Forschung stiegen schon seit 2005 kontinuierlich auf zuletzt 18,3 Milliarden Euro. Deutschland ist heute im internationalen Vergleich eines der stärksten und innovativsten Länder weltweit.

Statt immer nur zu sagen, wo es klemmt, können wir stolz auf das sein, was wir geleistet haben. Dies gilt auch für den Bereich Klimapolitik. In nur drei Monaten haben wir ein großes Klimapaket auf den Weg gebracht. Dass die Länder im Gesetzgebungsverfahren den Vermittlungsausschuss anrufen, ist ihr gutes Recht. In den dortigen Verhandlungen zeichnet sich ein Kompromiss ab, der u.a. eine faire Lastenteilung zwischen Bund und Ländern beinhaltet.

In einem ersten Schritt setzen wir bereits ab dem nächsten Jahr Anreize für klimafreundliches Verhalten: Bahnfernfahrten werden durch die Umsatzsteuererleichterung billiger und durch eine erstmalige steuerliche Förderung die energetische Gebäudesanierung deutlich attraktiver. In einem zweiten Schritt wird ab 2021 das klimaschädliche CO<sub>2</sub> schrittweise teurer.

Gleichzeitig schaffen wir Entlastungen über Pendlerpauschale und EEG-Umlage. Gut für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist auch, dass sich eine Vereinbarung zu Carbon Leakage abzeichnet, wodurch eine Abwanderung CO<sub>2</sub>-intensiver Industrien ins weniger regulierte Ausland verhindert werden soll.

Den Antrag der Koalitionsfraktionen auf Hilfe für den Wald stellte Fraktionsvize Gitta Connemann vor. „Der Wald leidet“, sagte sie unter Verweis auf den Klimawandel, auf Dürren, Brände und Schädlingsbefall. „Wir brauchen ein umfassendes Care-Paket mit vielen Maßnahmen.“ Neben der finanziellen Unterstützung in Höhe von rund 500 Millionen Euro allein von Seiten des Bundes gehörten dazu Wiederaufforstung, Schadholtzeseitigung und Forschung. Die Unionsfraktion setze gerade auf die Wissenschaft, denn: „Urwaldromantik hilft dem Wald nicht.“ Einen Überblick über die Situation des Waldes sowie der Forst- und Holzwirtschaft in Deutschland gibt der Waldbericht 2017 der Bundesregierung.

Immer mehr Menschen benötigen Pflege für kurze Zeit. Allerdings stagniert der Ausbau von tageweisen Pflegeplätzen. Der Unionsfraktion geht es vor allem darum, dass die Pflegeinfrastruktur ausgebaut wird, also genügend Plätze geschaffen werden. Dazu müssen die Bundesländer ihrer Investitionsverpflichtung nachkommen. Gefordert wird auch, den Bedarf auf bestimmte Gruppen – wie geriatrische und traumatisierte Patienten – abzustimmen.

Wir wollen auch in Zukunft dafür sorgen, dass Deutschland stark und lebenswert bleibt. Es gibt keinen Grund, unser Land schlecht zu reden, manche Dinge können wir besser machen, daran wollen wir intensiv arbeiten. Deutschland soll dabei stark und sicher bleiben. Dafür stehen wir als Union, darauf können sich die Menschen in Deutschland verlassen.

## Hauskäufer werden entlastet

In dieser Woche diskutierte der Deutsche Bundestag in erster Lesung den Gesetzesentwurf über die Verteilung der Maklerkosten bei der Vermittlung von Kaufverträgen über Wohnungen und Einfamilienhäuser. Hierzu erklärt Jan-Marco Luczak, rechts- und verbraucherpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: "Wir wollen mehr Menschen den Weg in die eigenen vier Wände ermöglichen. Eine eigene Immobilie schützt nicht nur vor steigenden Mieten, sondern ist auch eine solide Altersvorsorge. Entscheidende Hürde für den Kauf eines eigenen Hauses und einer Wohnung sind oft die hohen Nebenkosten. Diese werden zumeist nicht von den Banken finanziert und man benötigt Eigenkapital. Gerade jungen Familien fehlt dieses aber oft. Daran scheitert die Eigentumsbildung leider zu oft. Die Unionsfraktion will daher eine Entlastung bei den Nebenkosten, insbesondere bei den Maklerkosten. Deswegen haben wir durchgesetzt, dass Käufer zukünftig maximal der Hälfte der Maklerkosten tragen müssen. Gerade in den Ballungsgebieten, wo Käufer die Maklerprovision in der Regel allein tragen, bedeutet das eine erhebliche Entlastung. Gleichzeitig wird so sichergestellt, dass der Makler zukünftig auch dem Käufer verpflichtet bleibt und diesen kompetent beraten muss. Das ist uns wichtig, weil der Kauf einer Immobilie häufig die größte Investition im Leben eines Menschen ist. Hierbei dürfen Verbraucher nicht allein gelassen werden. Wir wollen hier aber nicht stehenbleiben. Auch der zweite Kostentreiber muss runter: die Grunderwerbssteuer. Das würde Immobilienkäufer sofort und unmittelbar entlasten. Dafür könnten wir familienfreundliche Freibeträge einführen. Leider blockiert die SPD das bislang und auch die Länder sperren sich. Wir als Union werden hier aber nicht lockerlassen."

## Waldbericht der Bundesregierung

Der Waldbericht 2017 gibt einen Überblick sowohl über die Situation des Waldes als auch zur Forst- und Holzwirtschaft in Deutschland. Unterstrichen wird hierbei die Tatsache, dass dem Wald – 32 Prozent der Landesfläche – Bedeutung in vielen Zusammenhängen wie etwa für die Artenvielfalt, der Erholung aber auch für die Wertschöpfung zukommt. Mit dem Wald und der Holznutzung sind mehr als eine Million Arbeitsplätze in Deutschland verknüpft. Erfreulich ist, dass sich die ökologische Wertigkeit der deutschen Wälder in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert hat.

## Kurzzeitpflege stärken

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen wir die Kurzzeitpflege stärken und eine wirtschaftlich tragfähige Vergütung sicherstellen. Vor dem Hintergrund, dass der Ausbau von Kurzzeitpflegekräften stagniert,

diskutierten wir Wege zur Sicherstellung von Angeboten verlässlicher Kurzzeitpflege. In diesem Zusammenhang soll der Sicherstellungsauftrag so spezifiziert werden, dass Länder, Kommunen und Pflegeeinrichtungen wie - Pflegekassen dem gesetzlichen Auftrag zum Ausbau der Versorgungsstruktur nachkommen und vor allem die Pflegeinfrastruktur ausbauen.

## Zahl der Verkehrstoten weiter gesunken

Im Jahr 2019 wird die Zahl der Verkehrstoten wohl erneut geringer ausfallen als im Vorjahr und damit wohl einen historischen Tiefstwert erreichen. Noch nie im nunmehr 60-jährigen Bestehen der Statistik war die Zahl der Opfer von Verkehrsunfällen geringer. Zwar gibt es auch in diesem Jahr im Straßenverkehr Verletzte und auch 3.090 Todesfälle zu beklagen – im Durchschnitt verlieren pro Tag 8 Menschen ihr Leben im Straßenverkehr, und es werden täglich mehr als 1.000 Verletzte auf den Straßen der Republik gezählt. Im Vergleich zu den 11.300 Toten im gesamtdeutschen Straßenverkehr 1991 ist die Zahl der Verkehrstopfer jedoch bei einem zugleich deutlich gestiegenen Verkehrsaufkommen erfreulich stark zurückgegangen. (Destatis)

## EuGH: E-Books nicht weiterverkaufen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat laut Börsenverein des Deutschen Buchhandels das Urheberrecht gestärkt: Wer digitale Medien im Internet erwirbt, darf sie nicht weiterverkaufen. Dies habe der EuGH am Donnerstag entschieden, teilte der Börsenverein in Frankfurt am Main mit. Die obersten europäischen Richter hätten das Urteil im Fall der niederländischen Plattform „Tom Kabinet“ gefällt, die sich auf den Weiterverkauf von E-Books spezialisiert habe. (AZ: C-263/18) „Kreativschaffende sind darauf angewiesen, für ihre Arbeit angemessen vergütet zu werden“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins, Alexander Skipis. Das Urteil ermögliche auch Verlagen und Händlern, weiter an Geschäftsmodellen mit digitalen Medien zu arbeiten. Der Primärmarkt etwa für E-Books und Hörbücher würde komplett zerstört werden, wenn es einen legalen Gebrauchtmärkte für sie gäbe, sagte Skipis. (epd).

## Zitat

„In Deutschland gilt die Meinungsfreiheit. Alles, was das Strafgesetzbuch nicht unter Strafe stellt, kann man in unserem Land sagen. Man muss aber natürlich damit leben, dass andere eine andere Meinung haben.“ (Elke Bündenbender, First Lady und Juristin, im Interview mit der Deutschen Presse-Agentur am 19.12.2019 zur Behauptung, man dürfe in Deutschland nicht mehr alles frei sagen, was man wolle. dpa)